

**Das Magazin zum
10. antifaschistischen
Abendspaziergang**

Inhalt

10 Jahre und mehr...	2
Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft	6
Teufel oder Beelzebub	10
Die Schule im Kapitalismus	16
Die Insel	20
Systemwechsel statt Klimawandel	24
Eine Rede mit- und nachzulesen	28

10 Jahre und mehr...

Heraus zum 10. Antifaschistischen Abendspaziergang in Bern!

Vor 11 Jahren hat das Bündnis Alle gegen Rechts (BAgR) zum 1. Antifaschistischen Abendspaziergang in Bern aufgerufen.

Damals hätten sich die Mitglieder der ersten Stunde wohl kaum vorstellen können, dass das Bündnis über 10 Jahre aktiv bleiben sollte und einst zum 10. Antifaschistischen Abendspaziergang in Bern aufrufen würde. Im vergangenen Jahrzehnt, hat das BAgR so einiges erlebt und geleistet:

Die Wechsel im Team; die Änderungen der Organisationsform; die Sprayereien und Kreidekritzeleien; die Interviews; die Repression; die

Umarmungsversuche und die Kriminalisierung von Seiten der Behörden; die bürgerliche Berichterstattung; über 4000 Leute an den unbewilligten Antifaspaziergängen 4 und 5; einen gewaltigen Dämpfer nach dem Aufgeben der Verschiebetaktik beim 7. Spaziergang; neuer Schwung bei der überregionalen Antifa-Kampagne "die Dinge in Bewegung bringen"; Beteiligung an diversen Bündnissen und Aktionen; unzählige Sitzungen; Solibars; Konzerte; Übungen; Demos; Diskussionen... Alles in Allem "same procedure as every year".

Bei aller Freude über die vielen kleinen Erfolge, die errungen werden konnten: Es gibt keinen Grund

sich auszuruhen, denn die Ursachen, die zur Gründung des BAgR bewegt haben, bestehen weiterhin.

Deshalb rufen wir zum 10. Mal zum Antifaschistischen Abendspaziergang in Bern auf: Erneut wollen wir zeigen, dass es in Bern keinen Platz für FaschistInnen gibt und ein Zeichen gegen den kapitalistischen Alltag setzen.

Denn solange Rassismus, Ausgrenzung, Ausbeutung und Konkurrenz weiter existieren, werden wir auf die Ursachen dafür hinweisen und dagegen angehen.

Die Ideologien und Hetzkampagnen von Rechts verfehlen ihre Wirkung nicht: Fremdenfeindlichkeit ist eine weit verbreitete Reaktion



4

auf die gravierenden Probleme unserer Zeit. Angst um „das Wohl der Nation“, die Arbeitsstelle, die Wohnung und sogar um die heimatliche Natur: In der Überfremdung der Eidgenossenschaft sehen viele ZeitgenossInnen das Problem für ihr ganzes Elend. Für sie gibt es kein Problem, für welches sich nicht AusländerInnen als Sündenböcke heranziehen liessen. So beliebt wie diese Schlussfolgerungen sind, so falsch sind sie.

- Es sind nicht die AusländerInnen, welche die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen eingerichtet haben, sondern die Staaten, welche die kapitalistischen Verhältnisse durchsetzen und garantieren.

- Die ArbeitgeberInnen, nicht die ausländischen Arbeitskräfte, haben Interesse

daran, die Löhne zu drücken wo es nur geht, um den Profit zu maximieren.

- Es ist der weltweit eingerichteten, profitorientierten Produktionsweise zu „verdanken“, dass rücksichtslos alle natürlichen Ressourcen vernutzt und Natur und Umwelt zerstört werden.

- Es ist der Kapitalismus, welcher die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstört und sie zu Flüchtlingen macht.

- Es sind nicht die Flüchtlinge, sondern die Regierungen, die „ihre“ Nationen im Kampf um Einfluss, Macht und Ressourcen zum Mittel des Krieges greifen lassen.

- Es ist Unsinn von Überfremdung zu sprechen, weil es die Staaten sind, welche

Menschen überhaupt erst zu In- und AusländerInnen machen. Kaum auf der Welt, wird den Menschen auch schon ein Zwangsverhältnis aufgedrückt: Die Volksangehörigkeit per Pass! Durch dieses Herrschaftssystem werden überhaupt In- und AusländerInnen geschaffen.

Wir haben nicht länger Bock, diese Verhältnisse stillschweigend und widerspruchslos zu akzeptieren. Schliess dich dem Kampf gegen Staat, Kapital und Faschismus an!

Antikapitalistisch vorangehen, statt der Welt beim Untergang zusehen!



Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft

Gewalt - Das ist ein Thema! Überall begegnet man ihr und allerorts wird sie kritisiert. Sei es bei gewalttätigen Jugendlichen auf dem Schulgelände, der Polizei, die gewaltsam gegen DemonstrantInnen vorgeht oder in den umfassenden Gewaltpräventions-Programmen von PädagogInnen.

Wie üblich in einer demokratischen Gesellschaft hat auch jedes ihrer Mitglieder eine Meinung zur Gewalt. Die einen sehen es ein bisschen liberaler, die andern ein bisschen konservativer. Bei all den unterschiedlichen Meinungen zur Gewalt ist jedoch eines klar: Die grösste Gewalt - *das* Gewaltmonopol in der bürgerlichen Gesellschaft bleibt dem Staat

vorbehalten. Obschon überall so getan wird, als wäre die Staatsgewalt keine Gewalt, braucht es eigentlich keine grossartige Geistesleistung um festzustellen wie das Gewaltmonopol funktioniert:

Durch die Verfassung und die daraus abgeleiteten Gesetze unterwirft der Staat alle Mitglieder seines nationalen Kollektivs gleichermassen dem Recht. Der bürgerliche Staat verleiht so seiner Herrschaft eine Form und handelt selbst nach dem Recht (Rechtsstaat).

Bei der Verfolgung ihrer unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Interessen haben sich alle BürgerInnen an die Vorgaben der Gesetze zu halten. JedeR tut (oder lässt) mit den

Voraussetzungen und Mitteln, die ihr/ihm gegeben sind, was er kann.

Mit der Rechtssetzung aller möglichen Verhältnisse und Handlungen in der bürgerlichen Gesellschaft entstehen *Interessensgegensätze*, die es ohne den Staat erst gar nicht gäbe - LohnarbeiterInnen gegen EigentümerInnen, MieterInnen gegen VermieterInnen, GläubigerInnen gegen SchuldnerInnen, usw.

Mit dem Gewaltmonopol verleiht der bürgerliche Staat dem Recht seine praktische Geltung: Damit diese von ihm geschaffenen Gegensätze in der Gesellschaft nicht mit Gewalt ausgetragen werden, waltet der bürgerliche Staat darüber – eben mit dem Gewaltmonopol und lässt die Demokratie so als friedliche Idylle erscheinen.



Soll also nur die 'unrechtmässige Gewalt' Gewalt sein?

Nein – Recht heisst immer auch Gewalt: Das Gewaltmonopol beginnt nämlich nicht erst da, wo die Polizei oder das Militär zum Einsatz kommen. Allein die Geltung der Gesetze, deren sich die BürgerInnen sehr im Klaren sind, zeigt die Macht der Staatsgewalt. Die Gewalt beginnt z.B. nicht da, wo die Miete *nicht* bezahlt wird, sondern schon da, wo sie bezahlt werden muss. Dabei setzt der bürgerliche Staat bei seinen BürgerInnen voraus, dass sie wissen, was erlaubt und was nicht erlaubt ist und so ihre Gegensätze mit *seiner* Gewalt austragen.

Polizei und Justiz kommen erst zum Einsatz, wenn sich Mitglieder der Gesellschaft nicht an die gesetzliche Ordnung halten – also gegen *sie* verstossen. So werden die „Taten“ dann auch betrachtet: Als Verstösse gegen das Gesetz.

Der Staat sieht von den Gründen ab, welche die Menschen für ihre Handlungen

haben und betrachtet die Taten als „Wille zum Rechtsbruch“. (Die Gründe werden bloss noch als „Motive“ für die Bemessung des Strafmasses herbeigezogen.)

Dieser angebliche „Wille zum Rechtsbruch“ wird dann mit Strafe sanktioniert und das Recht wird wieder hergestellt. Es erstaunt nicht, dass mit diesem Vorgehen des Staates die *Gründe* für die Handlungen der Menschen nicht aus der Welt geschafft werden und meist weiterhin bestehen.

«Um die Gewalt zu bekämpfen darf es keine Gewalt mehr geben außer meiner Gewalt!»

Durch die Legitimierung seiner Herrschaft mittels Zustimmung der BürgerInnen, gilt der bürgerliche Staat als *Souverän* der demokratischen Gesellschaft. Damit fährt er auch ganz gut, was an der verbreiteten Befürwortung der Leute zur Staatsgewalt und somit zur Nation bestens ersichtlich ist. Aber darauf lässt es der Staat nicht ankommen: Für den Fall, dass es mal hart auf hart kommen

sollte und die Staatsgewalt ernsthaft in Gefahr käme, ist vorgesorgt – Notstandsgesetz heisst das Zauberwort. Der Staat kann sich im Notfall seinem eigenen Prinzip 'nach dem Recht zu handeln' entheben und nach Bedarf tun und lassen, was er als nötig erachtet. (Auch das Einberufen des Notstandsgesetzes ist noch ein rechtsstaatlicher Akt.) Selbst an die von DemokratInnen so geschätzten „Grundrechte“ muss sich der Staat nicht halten, wenn er es dann als nötig befände.

Die Kritik der Gewalt beschränkt sich in der bürgerlichen Gesellschaft auf die unerlaubte Gewalt und unterscheidet sich so von der legalen und akzeptierten Gewalt des Staates.

Werden die herrschenden Gegensätze der Gesellschaft abgeschafft und das Leben nach den Bedürfnissen der Menschen eingerichtet, braucht es keinen Staat der mit seiner Gewalt über die Leute herrscht.

Für weniger Gewalt in der Gesellschaft - zerschlagen wir den Staat!

Teufel oder Beelzebub

*Von unheimlichen und
heimlichen PatriotInnen in
Sempach.*

Aus linken Kreisen wurde den bürgerlichen Teilnehmenden der Schlachtjahrzeit und den Sempacher Behörden vorgeworfen, sie würden nichts gegen die FaschistInnen unternehmen und sich "unreflektiert über die hohe Teilnehmerzahl" freuen, wenn die Rechtsextremen an der Gedenkfeier teilnehmen.

Und in der Tat: Erst als 2009 eine antifaschistische Gegenkundgebung veranstaltet wurde, sahen sich die Behörden zum Handeln genötigt. Sie sagten kurzerhand den traditionellen Umzug ab, weil sie befürchteten, es könnte zu Krawallen kommen - und diese wären

dem Feiern einer blutigen Schlacht nun wirklich nicht würdig gewesen.

Aufgefallen ist, dass die Bürgerlichen nie die Inhalte der Rechtsextremen Gruppen kritisierten, sondern bloss darauf verwiesen, dass die Umzüge in den Vorjahren immer friedlich verliefen - und dass die „Probleme“ erst mit der antifaschistischen Gegenkundgebung 2009 und der Instrumentalisierung der Schlachtfeier von Links- und Rechtsextremen angefangen hätten. Das ist kein Wunder, denn so richtig kritisieren können sie die Rechtsextremen gar nicht. Die nehmen nämlich aus denselben Gründen an der Feier teil wie die FestteilnehmerInnen mit bürgerlicher Gesinnung:

Bei allen Unterschieden; Rechtsextreme und Bürgerliche teilen mehr oder weniger das gleiche Geschichtsbild, feiern den gleichen Helden und das gleiche Land!

Leider haben es umgekehrt viele Linke und AntifaschistInnen verpasst, die ganze nationalistische Veranstaltung zu kritisieren und haben stattdessen nur die Teilnahme der Neonazis daran als störend empfunden. Dass das ein Fehler ist, soll dieser Text verdeutlichen.

Wir singen heut' ein heilig Lied, es gilt dem Helden Winkelried

Obwohl es nur wenig gesicherte Kenntnisse über den Verlauf der Schlacht bei Sempach gibt, kennt

jedes Schweizer Kind die Geschichte von Winkelried, der sich heldenhaft in die überlangen Lanzen der übermächtigen Gegner geworfen hat um den Seinen - den Schweizern - eine Gasse zu bilden und seinem Land den Sieg zu ermöglichen.

Und natürlich um uns bis heute einen schönen Teil nationale Identität zu stiften: So dürfen "wir" denn mächtig stolz sein auf Arnold von Winkelried - obwohl in anderen Ländern Sagen und Geschichten genauso mutige Gestalten vorkommen. Aber die sind eben nicht für die Schweiz angetreten... und überhaupt, wer könnte besser als Winkelried verkörpern, dass die Liebe zum hehren Vaterland bedingungslos und rücksichtslos gegen sich selber - und gegen andere erst recht - zu sein hat.

Um viel von solch selbstloser Aufopferung für Volk und Vaterland zu halten, braucht man wahrlich kein Nazi zu sein; ein wenig gesunder Patriotismus reicht völlig aus.

WelcheR gute StaatsbürgerIn würde nicht von ihrem/seinem Stand und ihrer/seiner Lage absehen, um sich mit Herz und Hand für die Unabhängigkeit und die Freiheit ihres/seines Vaterlandes einzusetzen - und welches Land könnte auf solche BürgerInnen schon verzichten?!

Um es mit den Worten eines berühmten Politikers zu sagen: "Wenn man sich jedoch die Frage vorlegt, was nun die staatsbindenden oder auch nur staatsertaltenden Kräfte in Wirklichkeit sind, so kann man sie unter einer einzigen Bezeichnung zusammenfassen: Aufopferungsfähigkeit und Aufopferungswille des einzelnen für die Gesamtheit". Adolf Hitler, Mein Kampf S.167

Ein einig Volk von Brüdern

Bürgerliche und rechts-extreme NationalistInnen, haben mehr gemeinsam als ihnen gemeinhin lieb ist. Als NationalistInnen abstrahieren beide von den gesellschaftlichen Verhältnissen in denen

sie zurechtkommen müssen und beurteilen alles nach dem nationalen Standpunkt: So kommt es z.B. dass "wir" an der Fussball-WM die Spanier geschlagen haben oder dass "wir" die Schlacht bei Sempach gewonnen haben. Obwohl die meisten SchweizerInnen noch nie im Leben in Südafrika Fussball gespielt haben dürften und ganz sicher keiner der Schlachtteilnehmer noch am leben ist. Andere Völker werden sogar kollektiv Papst, obwohl dann doch nicht alle im Zölibat leben...

Dass Menschen als ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, MieterInnen und VermieterInnen, als SozialhilfeempfängerInnen und SozialarbeiterInnen, als Arbeitslose und ManagerInnen, SteuerzahlerInnen und StaatssekretärInnen völlig unterschiedliche, meist gegensätzliche Interessen haben, interessiert NationalistInnen nicht mehr. Sie wollen lieber "ein einig Volk von Brüdern" sein. Und dabei geht es allen NationalistInnen gleich, den

Schweizern genauso wie den Türkschen. Sie sind davon überzeugt, dass die gleiche Staatszugehörigkeit sie mehr verbindet als alles andere. Obwohl auch sie einsehen könnten, dass das Leben eines Schweizer Bergbauern mehr mit dem eines Bergbauern aus Kroatien gemeinsam hat, als mit dem eines Schweizer UBS-Managers oder Profifussballers.

Aber eben, NationalistInnen halten das Herrschaftsverhältnis, das ihnen noch vor der Geburt aufgedrückt wird (der Staat schützt/berechtigt schon das ungeborene Leben), und für das auch keinE "VolksgenossIn" erst einen Eid leisten muss, nicht nur fälschlicherweise für etwas natürliches; sie sind auch noch stolz darauf. Stolz den gleichen Pass zu besitzen, stolz den gleichen Schranken und Gesetzen unterworfen zu werden, stolz gerade im richtigen Vaterland geboren zu sein, obwohl sie es sich nicht einmal aussuchen konnten.

Heil dir Helvetia

Bürgerliche Demokraten können die Inhalte der FaschistInnen also nicht kritisieren ohne ihre eigene, demokratische Politik in zentralen Bereichen zu treffen. Dabei wollen wir nicht behaupten, dass Faschismus und bürgerliche Demokratie das gleiche sind:

Bei all den Gemeinsamkeiten kommt doch Zwietracht unter die Nationalisten bürgerlicher und faschistischer Prägung - und die hat es in sich: Es geht nämlich darum wer die besseren PatriotInnen sind, welche Politik die bessere ist für die Schweiz! Sie kritisieren sich gegenseitig vom nationalen Standpunkt aus und so kommt es dann, dass Neonazis ein Regierungsmitglied als "Halbbundesrat" bezeichnen während dieser ihnen „unschweizerisches“ Verhalten vorwirft.

Für den unbedingten Erfolg ihres Vaterlandes setzen zwar sowohl Bürgerliche als auch FaschistInnen auf Privateigentum und Lohnarbeit,

auf eine Klassengesellschaft in der ProletarierInnen das Kapital der EigentümerInnen vermehren. Auch wenn sie - wiederum beide - ums Verrecken keine Klassen in ihren Volkskörpern mehr feststellen wollen. Da unterscheiden sich DemokratInnen und FaschistInnen zum Beispiel dadurch, dass erstere den ausländischen Arbeitskräften durchaus etwas positives abgewinnen können, wenn „die Wirtschaft“ sie braucht, während FaschistInnen generell eher für „Ausländer raus“ und „Arbeit zuerst für die eigenen Landsleute“ sind.

Auch sind den FaschistInnen UnternehmerInnen suspekt, die nicht Schweizer Arbeitsplätze vorne anstellen, sondern den eigenen Konzernfolg. Während FaschistInnen hier das heimatlose Verhalten und die Schwäche der Nation anprangern, verweisen die Bürgerlichen auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und darauf, dass die Schweiz damit doch bisher ganz gut fährt.

Auch bei der Ordnungspolitik z.B. beim Umgang mit

staatsfeindlichen Elementen und Volksfremden, gehen die bürgerlichen DemokratInnen in der Regel gemächlicher vor, als es FaschistInnen zuweilen fordern und belassen es z.B. bei Fichierungen und Ausschaffungen.

Unterschiede sind auch bei den Herrschaftsmethoden auszumachen: Nicht nach dem Führerprinzip, sondern per Parteienpluralismus und Demokratie sollen die Geschicke des Volkes geleitet werden, finden die Bürgerlichen, auch wenn sie bei jeder Gelegenheit gerne nach starken Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft schreien, wenn mal wieder Ordnung in den Laden gebracht und Krisen überwunden werden müssen.

Und falls der bürgerliche Staat doch einmal ernsthaft in Schwierigkeiten geraten sollte, gibt es ein bundesverfassungsgemässes Notrecht, das den Herrschenden das Regieren erleichtert.

Obwohl Demokratie und Faschismus als das pure

unvereinbare Gegenteil verkauft werden, fällt einerseits auf, dass in der bürgerlichen Demokratie lauter fliessende Übergänge zum Faschismus enthalten sind.

Andererseits merkt man bei genauerer Betrachtung, dass die heutige Staatsform auch für sich nichts besonders verteidigungswertes darstellt, wenn man der/die FreundIn einer Welt ohne Herrschaft und Ausbeutung ist.

Wer sich also nur daran stört, dass FaschistInnen an der Schlachtjahrzeit in Sempach teilnehmen und nicht den ganzen Anlass als nationalistischen Mist kritisiert, der/die redet der bürgerlichen Schweiz das Wort. Und den/die wollen wir gerne noch einmal daran erinnern dass es hierzulande nicht die Neonazis sind, die die Menschen per Pass in In- und AusländerInnen aufteilen, die täglich Flüchtlinge einsperren und ausschaffen und die ein ausbeuterisches und umweltzestörerisches System eingerichtet haben.

Die Schule im Kapitalismus

Jedes Kind, und wenn es noch im Sandkasten spielt, weiss was ihm bevorsteht. In der bürgerlichen Gesellschaft kommt keineR um sie herum: Die Schule!

Bei der Mehrheit der SchülerInnen ist sie nicht sonderlich beliebt, trotzdem müssen alle hin. In modernen Staaten ist die Schulbildung nicht nur ein Recht und ein Privileg gegenüber sogenannten Dritt-welt-Ländern, sondern eine Pflicht. So kommt es dann auch, dass der Staat die Ausbildung seiner Schützlinge von A bis Z organisiert. Er stellt Lehrpläne auf, bestimmt den Lernstoff, bildet LehrerInnen aus und legt die verschiedenen Schulstufen fest.

Ganz schön viel Aufwand, welcher der Staat für seinen nationalen Nachwuchs

betreibt. Was will der Staat damit? Was ist sein Interesse? Und was ist der Zweck der ganzen Veranstaltung?

Als SchülerIn hört man immer wieder, wie wichtig es sei die Schule zu besuchen, damit man „etwas“ lernt und mal „etwas“ aus einem wird. Das dieses „etwas“ bei den Leuten ganz unterschiedlich rauskommt, ist in der kapitalistischen Arbeitswelt gut sichtbar. Aus der/dem einen wird einE AkademikerIn, aus der/dem anderen einE HilfsarbeiterIn auf der Baustelle. Ganz im Sinne dieser Unterschiede ist die Volksschule auch organisiert. Die unterschiedlichen Bildungsabschlüssen münden so dann auch in der Hierarchie der Klassengesellschaft. Der Nachwuchs soll für die

unterschiedlichsten Funktionen und Berufe der Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Es kann schliesslich nicht jedeR einen Professoren Beruf haben.

„Es braucht nicht nur Häuptlinge, sondern auch Indianer...“

So legt der Staat dann auch den Bedarf an besser und schlechter Ausgebildeten im Schulsystem fest. Schon beim Einstieg in die Volksschule ist klar, dass nicht alle ins Gymnasium kommen und dass ein Teil der SchülerInnen die Realschule besuchen wird. Wer sich gegen seine MitschülerInnen durchsetzt, dass heisst bessere Noten erhält, darf in die höhere Schulstufe aufsteigen. Die SchülerInnen werden in dieser Leistungskonkurrenz

einer Selektion unterzogen, welche darauf beruht in einer vorgegeben Zeit - also bis zur Prüfung - den vorgegeben Stoff möglichst korrekt wieder zu geben.


Ist also der Zweck der Schule die Selektion, erstaunt es nicht, dass das „Aneignen von Wissen“ nur Mittel dazu ist. Denn nach den Prüfungen interessiert nicht mehr, was falsch war. Bemühungen, dass diese Wissenslücken bei allen SchülerInnen aufgehoben werden, sind keineswegs vorhanden. Es ist nicht das Ziel der Schule, dass die SchülerInnen etwas lernen, sonst würde man sie solange und mit den geeigneten Mittel unterrichten, bis sie den Stoff begriffen haben.

Vom Standpunkt des Lernens ist es dann auch unsinnig ausgerechnet die SchülerInnen, welche in der Konkurrenz als VerliererInnen dastehen von mehr Wissen auszuschliessen und sie in Schulklassen einzuteilen, wo noch weniger gelernt wird. Im Gegensatz zu ihnen werden diejenigen, welche sich bis zu den Prüfungen mehr Stoff aneignen konnten noch „gefördert“ und in höhere Schulstufen eingeteilt. Wer einmal abgehängt hat, hat seine Chance meist vertan.

„Wer hat, dem wird gegeben...“

Dabei kommt die Volksschule oft als besonders gerechte Institution daher, weil alle sie unter den gleichen Bedingungen besuchen können. Chancengleichheit heisst das Prinzip. Das damit nicht die Gleichheit im Resultat gemeint ist, wird bei der Betrachtung der unterschiedlichen Abschlüsse, die angestrebt werden, schnell ersichtlich. Die Gleichbehandlung der SchülerInnen bedeutet dann auch, dass jedeR mit den Voraussetzungen, womit sie/er in die Leistungskonkurrenz einsteigt schauen muss, wie sie/er zu Recht kommt. Die Unterschiede werden durch die Gleichbehandlung eben nicht abgeschafft, sondern aufrecht erhalten. So erstaunt es nicht, dass SchülerInnen, welche nicht Deutsch als Muttersprache haben oder deren Eltern sie beim Lernen nicht unterstützen können, meist auch als VerliererInnen in der Konkurrenz herauskommen – Ausnahmen bestätigen die Regel.

Wer will, dass die Leute etwas lernen, kommt nicht darum herum sich mit den herrschenden Verhältnissen zu befassen, Zwecke, wie den der Schule zu kritisieren und andere davon zu überzeugen, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht die ist, die wir wollen!



eg abschneiden
ale Revolution
aufgleisen

PHOTO



Die Insel

Was heisst das eigentlich, gegen Kapitalismus? Ist ein System ohne Herrschaft überhaupt möglich? Oder würden sich die Menschen gegenseitig abschlachten und massakrieren? Würden sie nicht immer das wollen, was die anderen haben?

Berkmann, ein Anarchist aus dem 20. Jahrhundert, hat ein passendes Gleichnis erstellt. Die kurze Version lautet wie folgt:

Nach einem Schiffsunglück landen einige Überlebende auf einer Insel. Alle Gestrandeten gehen als erstes gemeinsam auf Nahrungssuche und bauen eine provisorische

Bleibe auf. Da die Insel sehr fruchtbar ist, gibt es genug um alle satt zu machen. Einer von den Gestrandeten würde nun erklären, dass alles ihm gehöre und niemand etwas essen dürfe, bevor ihm nichts dafür bezahlt worden wäre. Die anderen wären bestimmt entrüstet, nicht wahr? Die Forderung wäre so absurd, dass sie höchstens darüber lachen würden. Wenn er danach immer noch nicht Ruhe geben würde, müsste man ihn vielleicht ins Meer werfen und die Sache wäre erledigt. Gehen wir einige Jahre in die Zukunft, die Insel wäre bebaut worden, Häuser errichtet, kurz um, was zum Leben und Wohlstand benötigt wird, ist vorhanden. Und dann käme einer der behaupten würde, alles gehöre ihm. Wie

würden wir reagieren? Wir würden ihn wohl ignorieren oder ihm vielleicht anbieten, seinen Beitrag zu leisten und sich an der Arbeit zu beteiligen. Wenn er weiterhin behaupten würde alles gehöre ihm und sein Eigentumsrecht mit einem Stück Papier nachweisen wollte, wir würden ihn für verrückt halten und weiterhin unser Leben leben. Ganz anders sähe das wohl aus, wenn der Verrückte eine Regierung samt Staatsapparat hinter sich stehen hätte, die sein Eigentumsanspruch ins „Recht“ setzen würde. Wenn nötig mit Gewalt oder sogar Mord. Die Gestrandeten, die den rechtmässigen Eigentümer (dem Verrückten) nicht sein Eigentum eingeständen, würden wohl vertrieben oder sogar getötet werden.

Die herrschenden Zustände - keine Insel der Glückseligkeit

Natürlich ist der Kapitalismus komplexer aufgebaut, mehrere Faktoren spielen eine Rolle. Anders als am Anfang der Geschichte, sind Produktions- und Vertriebsmittel Privateigentum und machen so eine kapitalistische Produktion erst möglich: Eine Produktionsweise in der KapitalistInnen durch Lohnarbeit ihr Eigentum vermehren. Eine Produktionsweise, deren einziger Zweck die Gewinnmaximierung ist und in der nichts produziert wird um Bedürfnisse zu decken.

Das erklärt, warum beispielsweise in Afrika das Bedürfnis nach Medikamenten und Nahrung, die dringend

nötig wären, nicht gedeckt wird, obwohl genug produziert werden könnte. Ein Bedürfnis, das nicht bezahlt werden kann, existiert für den Produzenten nicht. Das ist nicht nur in Afrika so, sondern überall in der kapitalistischen Welt.

Im Alltag stoßen wir dauernd auf unvereinbare Interessen. Ob das unserE VermieterIn ist, der/die möglichst viel Miete von uns will, der/die ArbeitgeberIn der/die möglichst wenig Lohn zahlen will, oder sogar ein ganz einfacher Brotkauf, wir wollen möglichst wenig bezahlen, der/die VerkäuferIn einen möglichst hohen Preis. Auch auf dem Arbeitsmarkt, stehen wir in dauernder Konkurrenz; Wenn ich einen Job kriege,

heisst das immer, dass ihn jemand anderes nicht kriegt.

Von klein an lernen wir, das Eigentum die Konsumgüter sind, die wir zum Leben brauchen. Meine Zahnbürste, meine Kleider, mein Bett. Der Staat sei dazu da, dieses Eigentum zu schützen. So dass mein Nachbar mir nicht bei Nacht und Nebel meine Zahnbürste klaut. Aber dieses Recht auf Eigentum, macht den Ausschluss von den meisten Gütern erst möglich. Denn Eigentum heisst immer Ausschluss. Niemand hätte jemals das Interesse die Konsumgüter eines anderen zu entwenden, wenn genug für alle da wäre.

Ein System ohne Herrschaft ist sehr wohl möglich! Wenn die Gegensätze in der Gesellschaft, welche durchs

Eigentum zustande kommen, erst einmal abgeschafft sind und so produziert wird, dass die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden, braucht es keine Herrschaft, die aufpasst, dass sich die Menschen nicht gegenseitig bestehlen. 23

Systemwechsel statt Klimawandel

Klimawandel und Umweltzerstörung sind allgegenwärtige Themen. Täglich kann mensch hören, dass Gletscher schmelzen, Bohrinseln explodieren, Wälder brennen, seltene Tierarten ausgerottet, Urwälder gerodet, oder ganze Regionen überschwemmt werden. Die Umwelt wird tagtäglich weiter zerstört. Bei der Gewinnung von Rohstoffen spielt es den Konzernen keine Rolle, ob es riskant ist, in der Tiefsee nach Öl zu bohren, ob Menschen durch den Kohleabbau vertrieben werden, oder ob sie Tiere bei der Suche nach Gold vergiften.

Die Auswirkungen des sich verändernden Klimas sieht mensch immer deutlicher. Ob PolitikerIn, UmweltschützerIn, UnternehmerIn oder KonsumentIn, alle scheinen

sich einig zu sein, dass wir das Klima besser schützen sollten. Es werden uns auch Mittel und Wege gezeigt, um den Klimawandel angeblich aufzuhalten. Wir könnten auf jedem Liter Treibstoff einen Klimarappen abgeben, oder wir können je nach Flugweite einen gewissen Betrag zahlen, um dann angeblich klimaneutral zu fliegen. Doch wird dadurch der Schadstoffausstoß nicht geringer und mensch fliegt nicht weniger viel.

Menschen müssen auf dem Arbeitsmarkt immer flexibler und schneller sein um sich gegen die Konkurrenz zu behaupten. Es wird von den ArbeitgeberInnen verlangt, dass ein langer Arbeitsweg in Kauf genommen wird und

mensch sich an vorgegebene Arbeitszeiten zu richten hat. Somit wird vorausgesetzt, dass der/die Lohnabhängige mobil und flexibel ist.

Save the Planet, Kill Yourself?

Wir werden aufgerufen Energie zu sparen, indem wir ab jetzt energiesparende Glühlampen kaufen müssen. Wir kaufen mit Stofftaschen anstelle von Plastiksäcken ein. Falls wir es uns leisten können trinken wir die Milch aus der Region und essen Tomaten, wenn sie Saison haben. Und doch reicht das alles nicht aus, um den Klimawandel zu stoppen.

Wir versuchen möglichst umweltschonend zu leben, währenddessen werden

weiterhin Kohlekraftwerke bewilligt, Baugesuche für neue Atomkraftwerke geprüft und letzte Ölfelder angezapft. Die Unternehmen produzieren nach wie vor mit umweltverschmutzender und unsicherer Technik. Nur so können sie Profit machen und wettbewerbsfähig bleiben um auf dem Markt zu existieren. Unternehmen müssen aufgrund des Konkurrenzkampfes in kürzester Zeit und mit immer rentablerer Arbeit, immer mehr produzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird schonungslos auf natürliche

Ressourcen zurückgegriffen. Dies benötigt immer mehr Energie und erhöht damit den Emissionsausstoss. Der hohe Ausstoss an Kohlendioxid (CO₂), der durch die zur Energiegewinnung stattfindende Verbrennung von fossilen Brennstoffen verursacht wird, beschleunigt den Treibhauseffekt. Somit steigen weltweit die Temperaturen an und verursachen den Klimawandel. Die Umwelt wird zugunsten des Profits der Unternehmen immer weiter ausgenutzt, ausgebeutet und verschmutzt.





Save the Planet, Destroy Capitalism!

Klimawandel ist ein systembedingtes Problem. Nur durch eine radikale Änderung der Produktionsweise kann eine Klimakatastrophe verhindert werden. Um die nötige Reduzierung von Kohlendioxid zu erreichen, reichen weder Emissionshandel, Klimazertifikat, Klimarappen noch Staatliche Grenz- oder Richtwerte aus. Auch ist die Lösung des Klimaproblems nicht national begrenzt, der Klimawandel verändert weltweit und grenzüberschreitend die Lebensbedingungen der Menschen und Tiere. Einzelne Staaten können nur in sehr begrenztem Rahmen Emissionssenkungen durchsetzen, denn auch Staaten stehen im Konkurrenzkampf. Würde ein Staat die notwendige Reduzierung durchsetzen, so würde er umgehend mit Kapitalflucht konfrontiert. Für den Staat, der von den Steuereinnahmen der bei ihm angesiedelten Unternehmen und deren Angestellten lebt, ist Kapitalflucht eine Katastrophe. Kein Staat will sich und seine Wirtschaft gefährden,

indem er die nötigen Klimaschutzvorkehrungen treffen würde.

Die Klimakatastrophe kann nicht durch neue Gesetze oder ein Umdenken der KonsumentInnen gestoppt werden. Denn die KonsumentInnen bestimmen nicht, was produziert wird. Sie stehen am Ende der Produktions- und Verkaufskette und können nur noch auswählen. Zusätzlich müssen sie die Produkte, die sie kaufen wollen ihrem Budget anpassen. Mensch, Tier und Umwelt werden im Kapitalismus als Ware genutzt. Der/die KapitalistIn nimmt keinerlei Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt, solange er/sie daraus Profit schlagen kann.

Um die Klimakatastrophe, abwenden zu können, müssen wir grundlegend das System ändern. Es soll nicht profitorientiert sondern bedarfsgerecht produziert werden. Dabei soll Mensch und Natur im Zentrum stehen.

Die Menschheit braucht einen radikalen Wechsel des Wirtschaftssystems, weg mit dem Kapitalismus hin zu einer bedürfnisbezogenen, solidarischen Wirtschaft!

Eine Rede

mit- und nachzulesen

Antifa-Antika

Einige von euch haben sich vielleicht gefragt, was das diesjährige Motto: „Antikapitalistisch vorangehen, statt der Welt beim Untergang zusehen“ mit Antifaschismus zu tun hat. Diese Rede soll die Zusammenhänge erklären und zudem unsere vermehrte Ausrichtung auf antikapitalistische Aktionen erläutern.

Ihr kennt sicher alle die Parole: Hinter dem Faschismus steht das Kapital. Gehen wir in der Geschichte zurück: Als 1933 Hitler an die Macht kam, tat er dies mit Hilfe der Industriellen Grössen. Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Von Hitler wurde eine Wirtschaftsorganisation etabliert, welche die Klassenkämpfe und die Gewerkschaftsfreiheit unterdrückte und den Bereich staatlicher Intervention ausdehnte. Gemäß technokratischer Prinzipien und orientiert an nationalen Solidaritätsidealen wurden Arbeiterinnen, Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern als unter der Kontrolle des Regimes willig Mitwirkende einbezogen, um so Macht und Erfolg des korporativen Staates zu vergrößern. Wobei das Privateigentum und die Teilung der Gesellschaft in Klassen vorausgesetzt blieben.

Die klassisch gewordene Definition der marxistischen Faschismustheorie lieferte Georgi Dimitroff vor dem

7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) am 2. August 1935, als er vor dem Plenum der Komintern feststellte; Faschismus ist „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

Damit war gemeint, dass „bürgerliche Demokratie“ und Faschismus zwei verschiedene Ausprägungen des Kapitalismus sind, diese Herrschaftsformen also auf der gleichen ökonomischen Basis beruhen: In dem Moment, in dem der Kapitalismus bedroht ist –etwa durch eine drohende revolutionäre Bewegung, wie in den frühen 1920er Jahren in Italien oder während

der Weltwirtschaftskrise in Deutschland – wandelte sich die bürgerliche Demokratie zur faschistischen Diktatur, die auch mit brutalsten Mitteln die Kapitalverwertung aufrecht erhalten wird. Besonders zielt dazu die faschistische Diktatur auf die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, mit all ihren Organisationen. Die Grundlegenden Funktionsweisen des Systems werden dadurch nicht verändert, im Gegenteil es bleibt kapitalistisch bzw. imperialistisch. Die Herrschaft des Kapitals hat somit nur ihre Form geändert.

Auch wenn wir Dimitroffs Theorie nicht teilen - weil wir den Faschisten durchaus zugestehen, aus eigenen, ordnungs- und machtpolitischen Gründen ans Ruder eines Staates zu wollen - trifft seine Theorie etwas. Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind nicht wie Feuer und Wasser, die Übergänge zwischen diesen Systemen sind fließend und die wirtschaftlichen Grundlagen, die selben.

Aber es gibt keine geschichtliche Notwendigkeit, keinen Automatismus zum Faschismus. Und Bürgerliche Demokratien haben durchaus

ihre eigenen Mittel um sich gegen revolutionäre Bewegungen zu wehren – das verfassungsgemässe Notrecht zum Beispiel.

Und vor allem, braucht es doch nicht vor jeder Zumutung ein Superlativ. Es reicht doch schon, dass hier zu unserem Schaden Reaktion, Chauvinismus, Imperialismus und Kapital vorherrschen.

Unser Kampf für eine bessere Welt, gegen Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung richtet sich nicht nur gegen Faschismus, sondern auch gegen den bürgerlichen Staat. Denn dieser verteidigt und schützt bzw. steht hinter den Interessen des Kapitals.

Kommen wir von der Geschichte zurück in die aktuelle Zeit. Unser grosses Problem ist nicht, dass wir kurz vor einer faschistischen Machtergreifung stehen, viel mehr kommt der Kapitalismus momentan ganz gut ohne die faschistische Krisenlösung zurecht. Unser grosses Problem - wenn wir hier in der Schweiz anfangen - ist die eingerichtete Konkurrenz, welche uns die ganze Zeit gegeneinander ankämpfen lässt und uns gegeneinander ausspielt. Ausländerinnen und Ausländer gegen

Einheimische. Gute Schüler gegen schlechte Schüler. Männer gegen Frauen. Ich gegen dich. Immer ist die Frage im Raum wer ist besser, stärker, besitzt dies oder das. Immer befinden wir uns in einem Druck uns zu beweisen. Und dieser Druck macht uns kaputt. Sowohl materiell, wie auch psychisch herrscht eine Armut. Schauen wir nur einmal die Suizidzahlen an. Oder wie viele Leute sonst psychisch erkranken, in Depressionen versinken oder ein Burnout kriegen. Durch das, dass unsere Gesellschaft atomisiert ist und sich in einem Kampf alle gegen alle befindet profitiert das kapitalistische System. Durch die vielen Feindbilder sehen viele Menschen nicht wo das wahre Problem liegt.

Das gegeneinander Ausspielen ist eines der Hauptelemente, welche dazu beitragen das dieses System funktioniert. Dies bedeutet, dass wenn wir den Kapitalismus bekämpfen im gleichen Atemzug auch dem Faschismus die Grundlage zu seiner Entfaltung nehmen. Wenn nämlich der Konkurrenzgedanke bei weiten Teilen der Menschen durch den Solidaritätsgedanken abgelöst wird, werden naive Feindbilder



nichts mehr taugen. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren vermehrt antikapitalistisch weiterkämpfen, was wie vorher erwähnt für uns bedeutet, dass wir damit auch den Kampf gegen Faschismus, Sexismus, Rassismus und jegliche Art der Ausbeutung und Unterdrückung an Mensch, Tier und Natur weiterführen werden. Unser Hauptziel ist die Überwindung des Kapitalismus und die Organisation einer Bedarfswirtschaft, wo wir alle gemäss unseren Motivationen und Fähigkeiten mitwirken können. Ohne Klassengesellschaft wo die

meisten Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Ohne das unsere Talente brach liegen und wir gezwungen sind, das zu lernen und zu produzieren, was uns vorgesetzt wird, wenn wir überhaupt etwas vorgesetzt bekommen.

Wir hoffen, dass auch ihr bei diesem Kampf dabei seid!

Antikapitalistisch voran gehen statt der Welt beim Untergang zuzusehen!

Der Kampf geht weiter!!!!